

Beschlüsse

zur Drucksachenummer

00888/2016

Termin für Bürgerentscheid zur BUGA-Bewerbung verbindlich festlegen

Beschlüsse:

21.11.2016	Stadtvertretung
022/StV/2016	22. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

1.

Es findet eine gemeinsame Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 24 und 25 statt.

2.

Es liegt folgender Ersetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu DS 0088/2016 (TOP 24) und DS 00854/2016 (TOP 25) vom 14.11.2016 vor:

„Der Antrag von Bündnis 90/DIE Grünen bzw. vom Mitglied der Stadtvertretung Ralph Martini (ASK) soll wie folgt ersetzt werden:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. der Stadtvertretung den bei Zuschlagserteilung für die Landeshauptstadt Schwerin geplanten Letter of Intend zur Kenntnis zu geben,
2. den Termin für den Bürgerentscheid über die erneute Durchführung einer Bundesgartenschau in Schwerin verbindlich auf den Tag der Bundestagswahl 2017 festzulegen,
3. der Stadtvertretung die den Bürgerinnen und Bürgern zu stellende Frage zur Entscheidung vorzulegen,
4. die Bürgerinnen und Bürger bis zur Durchführung des Entscheides auf geeignete Art und Weise öffentlichkeitswirksam und umfassend zu den inhaltlichen Vorhaben in Sachen Bundesgartenschau und der dafür notwendigen Finanzierung zu informieren.“

3.

Das Mitglied der Stadtvertretung Herr Silvio Horn schlägt vor, den Satz im Punkt 4 des Ersetzungsantrages wie folgt zu ergänzen:

„... , auch darüber, welche Stadtentwicklungsmaßnahmen zurückgestellt werden müssen.“

4.

Die SPD-Fraktion beantragt daraufhin eine Auszeit. Die Auszeit wird gewährt in der Zeit von 20.01 Uhr bis 20.03 Uhr.

5.

Im Ergebnis der Aussprache stellen die Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion Unabhängige Bürger sowie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden mehrfraktionellen Ersetzungsantrag:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. der Stadtvertretung den bei Zuschlagserteilung für die Landeshauptstadt Schwerin geplanten Letter of Intend zur Kenntnis zu geben,
2. den Termin für den Bürgerentscheid über die erneute Durchführung einer Bundesgartenschau in Schwerin verbindlich auf den Tag der Bundestagswahl 2017 festzulegen,
3. der Stadtvertretung die den Bürgerinnen und Bürgern zu stellende Frage zur Entscheidung vorzulegen,
4. die Bürgerinnen und Bürger bis zur Durchführung des Entscheides auf geeignete Art und Weise öffentlichkeitswirksam und umfassend zu den inhaltlichen Vorhaben in Sachen Bundesgartenschau und der dafür notwendigen Finanzierung zu informieren, auch darüber, welche Stadtentwicklungsmaßnahmen zurückgestellt werden müssen.“

6.

Der Stadtpräsident stellt sodann den mehrfraktionellen Antrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion Unabhängige Bürger, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. der Stadtvertretung den bei Zuschlagserteilung für die Landeshauptstadt Schwerin geplanten Letter of Intend zur Kenntnis zu geben,
2. den Termin für den Bürgerentscheid über die erneute Durchführung einer Bundesgartenschau in Schwerin verbindlich auf den Tag der Bundestagswahl 2017 festzulegen,
3. der Stadtvertretung die den Bürgerinnen und Bürgern zu stellende Frage zur Entscheidung vorzulegen,
4. die Bürgerinnen und Bürger bis zur Durchführung des Entscheides auf geeignete Art und Weise öffentlichkeitswirksam und umfassend zu den inhaltlichen Vorhaben in Sachen Bundesgartenschau und der dafür notwendigen Finanzierung zu informieren, auch darüber, welche Stadtentwicklungsmaßnahmen zurückgestellt werden müssen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einigen Gegenstimmen beschlossen

